

Diskussion : Perspektiven des Sozialismus in Polen

Autor(en): **Gabrisch, Hubert**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **1 (1981)**

Heft 2

PDF erstellt am: **30.04.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-652284>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Perspektiven des Sozialismus in Polen

1. Erstarrter und sich entwickelnder Sozialismus

Die Entstehung unabhängiger Gewerkschaften in Polen wirft die Frage nach den Entwicklungsperspektiven des realen Sozialismus auf. Betrachtet man die Geschichte des realen Sozialismus in den europäischen Ländern, so muss man zu dem Schluss kommen, dass die Entwicklung dieser Gesellschaften sich in den vergangenen dreissig Jahren im wesentlichen auf den ökonomischen Bereich beschränkt hat: Industrialisierung, Wirtschaftswachstum, individueller Konsum. Der Entwicklung der Produktivkräfte hat keine adäquate Entwicklung der politischen Verhältnisse gegenübergestanden. Nach einem einmaligen Akt politischen und gesellschaftlichen Fortschritts mehr oder weniger unmittelbar nach dem zweiten Weltkrieg (in der UdSSR 1917 - 21) ist eine Erstarrung eingetreten und es haben sogar Entdemokratisierungsprozesse stattgefunden. Die Forderung nach Emanzipation im weitesten Sinne, nach „allseitiger Entwicklung der sozialistischen Persönlichkeit“, sind zu Phrasen geworden. Sozialistische Entwicklung wird gemeinhin mit ökonomischer Entwicklung identifiziert. Die Perspektiven, die der wissenschaftliche Sozialismus mit dem allmählichen Übergang zur klassenlosen Gesellschaft, mit dem Absterben des Staates bzw. seinem allmählichen Übergang zur freien Assoziation der Produzenten, mit dem Abbau der Avantgardeposition der Partei als Folge des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und der allgemeinen Zugänglichkeit des Wissens im Sozialismus zeichnet, sind im Grunde in ihr Gegenteil verkehrt worden: Wiederherstellung ökonomischer Privilegien für bestimmte funktionstragende Gruppen („Nomenklaturkader“), Aufbau eines überdimensionierten Staatsapparates, Zementierung eines Informations- und Wissensmonopols der Partei als Grundlage ihres Avantgardeanspruchs. (. . . .)

Mit Polen beginnt sich nun ein Land des realen Sozialismus aus dem Zustand gesellschaftlicher Stagnation herauszulösen und Ansätze für eine Weiterentwicklung zu zeigen. Der ehemalige ungarische Ministerpräsident Hegedüs nannte in einem Interview mit der italienischen Zeitung „La Repubblica“ den Wandel in Polen den *„dritten entscheidenden Schritt des Sozialismus nach der Oktoberrevolution und dem Bruch Titos mit Stalin 1948.“* Besteht der polnische Weg zum Sozialismus möglicherweise sogar darin, dass alle drei Errungenschaften in einem Modell vereinigt werden? (. . . .)

Als **Haupttriebkraft einer radikalen Reform** galt bisher immer die unabhängige Gewerkschaft „*Solidarnosc*“, die in ihrem vor kurzem vorgelegten

Programmentwurf auch selbst den Anspruch erhebt, „Hauptgarant des Erneuerungsprozesses“ zu sein, wobei es in Polen keine andere gesellschaftliche Kraft gebe, „die sie hierin ersetzen könnte.“¹ In der Praxis ist ihre Bedeutung allerdings sichtbar relativiert worden, seitdem die Reformkräfte in der PVAP an Bedeutung gewonnen haben. Im folgenden soll der Frage nachgegangen werden, welchen Charakter diese beiden wichtigsten Triebkräfte einer Weiterentwicklung des sozialistischen Systems besitzen, welche Hauptforderungen sie vertreten und worin ihre grössten Probleme bestehen.

2. Die Reformkräfte in der PVAP (die „horizontalen Strukturen“)

Im Vorfeld des a. o. IX. Parteitages treten mit einem immer grösseren Selbstbewusstsein die innerparteilichen Reformkräfte auf, deren Kern die sog. horizontalen Strukturen sind. Bei ihnen handelt es sich um eine Form der Zusammenarbeit von Parteigrundorganisationen auf der gleichen Ebene. Ihre Bezeichnung haben sie sich wahrscheinlich selbst gegeben, um sich von den traditionellen Organisations-, Leitungs- und Kommunikationsprinzipien, die in der PVAP herrschen, abzugrenzen. Die PVAP ist bisher eine äusserst geschlossene Institution gewesen, die – wie übrigens alle Parteien in den Ländern des realen Sozialismus – vertikal, d. h. als Linienorganisation gegliedert ist, in der die Kommunikationsstränge überwiegend von oben nach unten verlaufen und die übergeordneten Instanzen gegenüber der Parteibasis zudem über ein Informations- und Wissensmonopol verfügen.

Die „horizontalen Strukturen“ sind aus der Unfähigkeit dieser nach spätstalinistischen Prinzipien konstruierten Partei, die wirtschaftliche und politische Krise zu meistern, entstanden. Diese Unfähigkeit der Partei hatte sich bereits in den grossen Krisen 1956 und 1970 gezeigt, und dass die Partei überhaupt nach einer gewissen Zeit ihre Macht wieder stabilisieren konnte, hing gewiss mit dem Fehlen eines ausserhalb von ihr existierenden **Kraftzentrums** zusammen, von dem ständige **Reformimpulse** hätten ausgehen können.

Insofern sind auch in den bisherigen Krisen alle Versuche fehlgeschlagen, die Partei zu reformieren und ihre spätstalinistische Gestalt zu überwinden. Durch die Existenz und das Wirken unabhängiger Gewerkschaften, die die beeindruckende Mehrheit sowohl in der Arbeiterklasse wie auch in der Bevölkerung hinter sich wissen, sind nun auch die Chancen der Reformkräfte in der PVAP gewachsen, einen neuen Typ von sozialistischer Partei in einem Land des realen Sozialismus zu verwirklichen.

Die Entstehung der „horizontalen Strukturen“ fällt in die August-, September- und Oktobertage des vergangenen Jahres, als sich die meisten Parteimitglieder angesichts der anwachsenden Streiklawine, der Verhandlungen und Vereinbarungen die Frage stellen mussten, wo eigentlich ihre Partei

geblieben war. Die Unfähigkeit des Parteiapparates, die Parteimitglieder in dieser Situation wie bisher durch Instruktionen von oben anzuleiten, ja überhaupt anwesend zu sein, gibt folgender Bericht aus einer Parteigrundorganisation eines grossen Betriebs aus den Streiktagen vom August 1980 anschaulich wieder:

„Sie (die Mitglieder, d. Verf.) wussten, dass es irgendeine Instruktion von oben gab, aber niemand kannte sie, weil der Sekretär sie in der Schublade hielt, und dann erschienen neue Instruktionen. Sie wurden von drei kompetenten (!) Ingenieuren und Informatikern (!!) analysiert, die jedoch feststellten, dass sie innere Widersprüche enthielten und gewisse Aussagen unklar formulierten.“²

Diese offensichtliche Realitätsferne und Unverständlichkeit, mit der der Parteiapparat auf eine Krise reagierte, führte zusammen mit der Tatsache, dass die Parteiführung später dann auf der anderen Seite des Verhandlungstisches sass, dazu, dass sich die Parteigrundorganisationen und ihre Mitglieder nach Berichten alleingelassen, *„verraten und beschämt fühlten (. . .) .“* Viele seien dann wohl aus *„Klasseninstinkt, vielleicht auch aus Selbsterhaltung“* „Solidarnosc“ beigetreten.³

Jedenfalls hörte die PVAP im August 1980 auf, in ihrer bisherigen Gestalt eine handlungsfähige Kraft zu sein und sie wurde es in der Folgezeit auch nicht wieder. Die Parteigrundorganisationen mussten daher notgedrungen – wollten sie sich nicht selbst auflösen – eine eigene Antwort auf die Existenz von „Solidarnosc“ finden. Die Tatsache, dass von drei Millionen Parteimitgliedern mehr als eine Million in „Solidarnosc“ eintraten (ein weiterer nicht unerheblicher Teil dürfte bereits der Gewerkschaft der Individualbauern angehören)⁴ und dass über 20 v. H. aller Vorsitzenden der regionalen Gründungskomitees der neuen Gewerkschaft Ende Februar Mitglieder der PVAP waren,⁵ dürfte diese Antwort wesentlich beeinflusst haben.

Bis Anfang April agierte diese Million aber noch recht wirkungslos in der Partei, weil es ihr an einem politischen Konzept fehlte und weil man wohl noch daran glaubte, dass Parteiapparat und -führung von sich aus die Handlungsfähigkeit wieder erlangen könnten, um der sich ausbreitenden wirtschaftlichen Krise Herr zu werden. Ausserdem brauchte es wohl einige Zeit, bis die an Instruktionen von oben gewöhnten Parteimitglieder bereit waren, selbständig zu handeln. Das einzige Resultat, das zunächst aus der Doppelmitgliedschaft folgte, war ein Verfall der inneren Organisations- und Machtstrukturen, der zu der bestehenden Unfähigkeit der Parteiführung hinzukam. Nun entstand allerdings ein Machtvakuum, in dem verschiedene Kräfte zu einer Lösung drängten. Gegenüber dem Zentrum um Parteichef Kania und Ministerpräsident Jaruzelski gingen die Vertreter einer harten Linie im Parteiapparat und um die neuen ZK-Sekretäre Olszowski und Grabski in die Offensive (dass Olszowski, der noch zu Giereks Zeiten als Liberaler galt, heute als Dogmatiker bezeichnet wird, zeigt, wie stark sich inzwischen der politische Bezugsrahmen für derartige Einteilungen verändert hat), deren

erster Höhepunkt der Konflikt um die Bydgoszcer Ereignisse vom 19. März war, als es zu einem Übergriff der Miliz auf Gewerkschaftsmitglieder kam, der höchstwahrscheinlich eine zentral geplante Aktion war. Die Offensive – beabsichtigt war der Sturz Kantias – scheiterte jedoch zunächst, als die Gewerkschaften mit einem Generalstreik drohten und als vor und auf dem IX. Plenum des ZK – das als Reaktion auf die Bydgoszcer Ereignisse einberufen wurde – eine Gegenbewegung in der Partei entstand, deren Ausmass zeigte, dass die Vertreter des Konfrontationskurses keine wesentliche Basis in der Partei besitzen. Es zeichnet sich eine deutliche Verschiebung der Konfrontationslinien ab: Sie verliefen nicht nur und hauptsächlich zwischen Partei und „*Solidarnosc*“, sondern immer mehr zwischen Parteibasis und Parteiführung, einschliesslich des gemässigten Zentrums, das einer wachsenden Kritik ob seiner schwankenden Haltung ausgesetzt war. Die Kritik an der Politik der Parteiführung wuchs lawinenhaft an und es schlossen sich ihr sogar die regionalen und überregionalen Parteizeitungen (das Zentralorgan „*Trybuna Ludu*“ bildete dabei keine Ausnahme) an. (. . .)

Die Vorbereitungen zum IX. a. o. Parteitag haben die Bedeutung der Reformkräfte gezeigt. Ein grosser Teil der Parteidelegierten rechnet sich den „*horizontalen Strukturen*“ zu, die Vertreter des Parteiapparates und einer harten Linie im ZK und Politbüro errangen bisher keine Mandate für den Parteitag (nach Abschluss der Parteiwahlen: nur sehr wenige Mandate). 80 bis 90 v. H. des regionalen und lokalen Parteiestablishment sind abgewählt worden. In den neuen Entwürfen für ein Programm und Statut sind viele Forderungen der „*horizontalen Strukturen*“ aufgenommen worden.

Bei den „*horizontalen Strukturen*“ handelt es sich allerdings nicht um eine homogene Bewegung. Das Spektrum der Ansichten reicht von erklärten sozialdemokratischen bis leninistischen Positionen. Gemeinsam ist ihnen, dass sie die Ursachen der wirtschaftlichen und politischen Krise in den Strukturen der Partei sehen und die aufgetretenen „*Entartungserscheinungen*“ nicht als Folge des Personenkults um Gierek zu subjektivieren versuchen. Ihr politisches Reformprogramm konzentriert sich bisher auf die Reform der Partei. Gefordert werden die Demokratie in der Partei und ihre „*Öffnung*“ gegenüber der Gesellschaft. Dazu soll das Statut in fünf Punkten abgeändert werden:⁶

1. Geheime Wahl der Delegierten und der Parteiführung (für die zur Zeit laufenden Delegiertenwahlen bereits vom ZK zugestanden)
2. Unbegrenzte Zahl von Kandidaten für Parteitagsmandate, wobei auch – entgegen den bisherigen Regelungen – Vorschläge aus der Parteiversammlung heraus gemacht werden können (ebenfalls vorläufig zugestanden);
3. Recht des einzelnen Parteimitglieds, eine von den Führungsgremien abweichende Meinung auch öffentlich vertreten zu können;
4. Einschränkung der Kompetenzen der Parteiführung;
5. Einführung des Rotationsprinzips und der Begrenzung der Wiederwähl-

barkeit der Funktionäre.

Daneben geht es zumindest einem Teil der Protagonisten der „horizontalen Strukturen“ darum, sich „neben und über“ der bisherigen statutenmässigen Parteistruktur zu verankern, um Koordinierungs- und Kontrollfunktionen wahrnehmen zu können.

Die Forderung nach „Öffnung“ der Partei und nach Demokratisierung ihrer Strukturen ist nach Ansicht der Reformkräfte auch nicht unvereinbar mit den Grundsätzen des Leninismus. Lenin – der Autor der Konzeption des demokratischen Zentralismus und ein entschiedener Fürsprecher der politischen Disziplin in der Partei – habe, so führt das ehemalige Politbüromitglied (bis März 1981) und der heute zu den dezidierten Reformern gehörende A. Werblan aus, gleichzeitig einen grossen Wert auf die Freiheit der Diskussion und auf den Streit der Ansichten in der Partei gelegt. Zum Leninismus zurückzukehren, so wird aus den Stellungnahmen von Repräsentanten der Reformbewegung in Polen deutlich, bedeutet nicht die Restaurierung der stalinistischen Leninauslegung, sondern die Rückkehr zur Praxis der Partei zu Lenins Lebzeiten.⁸ (. . .)

Die Existenz der „horizontalen Strukturen“ selbst, ihre Forderung nach Anerkennung als dauerndes organisatorisches Prinzip in der Partei, nach Demokratie, Abbau des parteiinternen Informationsmonopols und nach „Öffnung“ der Partei gegenüber der Gesellschaft haben zu dem von seiten der anderen sozialistischen Länder geäusserten Vorwurf des Revisionismus geführt.

Dazu vier Thesen:

(1) In allen Ländern des realen Sozialismus wird die Macht von Parteien ausgeübt, die den Anspruch erheben, Kader- und Avantgardeorganisationen zu sein, sich im Besitz der „kollektiven Weisheit“ zu befinden („Die Partei hat immer Recht“) und die gesellschaftliche und ökonomische Entwicklung zentral planen und steuern zu können. Von daher streben diese Parteien nach äusserster Geschlossenheit und Abgeschlossenheit und nach Kontrolle möglichst aller Lebensbereiche in der Gesellschaft. Gleichzeitig versuchen sie sich, jeglicher Kontrolle von aussen – d.h. von der Gesellschaft – zu entziehen. Diese Parteien wurden zumeist in den ost- und südosteuropäischen Ländern unter Bedingungen gegründet, in denen die unteren Klassen der Bevölkerung in Unwissenheit gehalten wurden und sie selbst scharfen Repressionen des meist halb-feudalen Staates ausgesetzt waren. Von daher war es eine Notwendigkeit, eine disziplinierte Parteiorganisation zu schaffen. Ebenso war das Wissen über die Entwicklungsgesetze und Funktionsweisen von Gesellschaften – berücksichtigt man den Bildungsstand der unteren Klassen – notwendigerweise Monopol der Partei. In dem Masse jedoch, wie im Sozialismus die kapitalistische Klasse verschwindet, ihr Bildungsmonopol beseitigt wird und die Entwicklung der Produktivkräfte immer stärker vom wissenschaftlich-technischen Fortschritt bestimmt wird, muss dieser Anspruch seine reale Basis verlieren.

(2) Hält die Partei ihn aufrecht und muss sie ihn dann – wie in den Ländern des realen Sozialismus Praxis – durch die Schaffung eines künstlichen neuen Informations- und Wissensmonopols zementieren und begründen, wird er zu einer Barriere für die Weiterentwicklung von Ökonomie und Gesellschaft. In der Regel entwickelt sich aus diesem Anspruch im institutionellen Bereich ein Hyperzentralismus auf tönernen Füßen.

(3) Beispiel Ökonomie: Der wachsende Komplexitäts- oder Reifegrad der sozialistischen Ökonomie produziert einen immer umfangreicheren Informationsstrom, den eine zentrale Instanz, die über das Planungs- und Entscheidungsmonopol verfügt, allein nicht bewältigen kann. Wirtschaftspolitische Fehlentscheidungen, Fehlplanungen und Effizienzeinbussen können die Folge sein und schnell zu ökonomischen Krisen führen. Von daher entsteht die Notwendigkeit ständiger Dezentralisierung der Planungen und Entscheidungen. In den letzten dreissig Jahren hat sich in den sozialistischen Ländern eine derartige Dezentralisierung auch quasi gesetzmässig durchgesetzt – unabhängig von Phasen bewusster Reform und Gegenreform.

(4) Der allmähliche Abbau von Monopol-, Avantgarde- und Kaderpositionen in der Gesellschaft entspricht also durchaus der objektiven Produktivkraftentwicklung und den wachsenden Fähigkeiten der Menschen, Ökonomie und Gesellschaft selbständig zu erkennen und zu regieren. Die Forderungen nach Abbau der Zensur, Beseitigung der Instruktionen und Befehle als Leitungsinstrumente und die Öffnung der Partei zur Gesellschaft hin sind damit dem gesellschaftlichen Entwicklungsstand adäquat.

3. Die unabhängige Gewerkschaft „Solidarnosc“

Die Analyse der Entstehungsursachen von „Solidarnosc“ ist mittlerweile so weit fortgeschritten,⁹ dass Verschwörertheorien oder Theorien, die ihre Entstehung als Resultat „*ungenügender Erziehungsarbeit der Massen durch die Partei*“¹⁰ zu erklären versuchen, keine wesentliche Rolle mehr in der Diskussion spielen sollten. Unabhängige Gewerkschaften sind das Resultat systemimmanenter Wirkungsfaktoren (wie z.B. Industrialisierungspolitik, Repression, Zentralismus und Bürokratie, Korruption und Protektion, ineffizientes Planungs- und Leitungssystem, Erfolgspropaganda usw.), die Ausdruck eines sich zuspitzenden Widerspruchs zwischen der Produktivkraftentwicklung im Sozialismus und des erstarrten politischen Systems sind.

Die sich seit nahezu neun Monaten in und um „Solidarnosc“ herum abspielende Bewegung der verschiedenen politischen Kräfte und Interessengruppen bestimmen das noch widersprüchliche Bild der Gewerkschaft. Sie ist mit zehn Millionen Mitgliedern zwar eine mächtige Organisation, aber ihren Platz im sozialistischen System hat sie bisher noch nicht endgültig finden können. Das macht sie anfällig für Demagogie und Realitätsblindheit im Auftreten. Die Schwäche der Partei und der teilweise anarchische Schöpfungs-

zustand, in dem sich „*Solidarnosc*“ noch befindet, bieten einen Ansatzpunkt für antisozialistische Kräfte, zu denen u. a. Teile von KSS-KOR, die Konföderation Unabhängiger Polen (KNP) oder Teile der Kleinbauernbewegung gehören. Sie sind in dem Sinne antisozialistisch, als sie die Grundlagen des Sozialismus – das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln und die zentrale Planung und Leitung der sozialistischen Ökonomie – beseitigen wollen und teilweise sogar die Rückkehr zu innen- und aussenpolitischen Strukturen und Prinzipien der Vorkriegszeit anstreben. Ihre teilweise abenteuerliche Tätigkeit – berücksichtigt man die geopolitische Lage Polens – wirkt letztlich entstabilisierend und kann zu einem Abbruch des Erneuerungsprozesses durch militärische Intervention führen.

Aber es sollte dabei nicht übersehen werden, dass es eine beinahe gesetzmässig auftretende Tatsache ist, dass sich in jede Massenbewegung Kräfte einzuschalten versuchen, die mit den Forderungen und Zielen dieser Bewegung im Grunde nicht viel gemein haben. Dieses Problem ist also kein spezielles von „*Solidarnosc*“ (sondern, wie sich gezeigt hat, auch für die PVAP) und man sollte darüber nicht das eigentlich Wesentliche unabhängiger Gewerkschaften übersehen (wollen), das darin besteht, einerseits die sozialistischen Prinzipien Gleichheit, Gerechtigkeit und Demokratie zu schützen und andererseits Antriebsmotor für die Weiterentwicklung des Sozialismus zu sein.

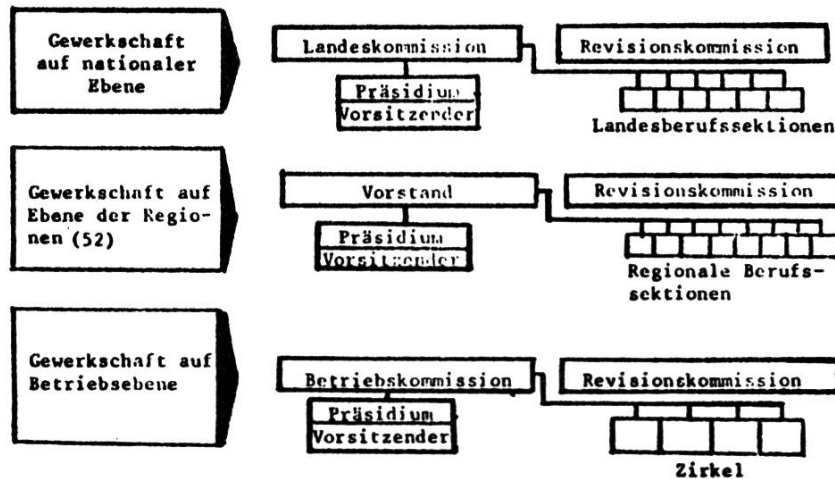
Ein weiterer Ausschnitt dieses widersprüchlichen Erscheinungsbildes wird durch die tiefe Religiosität der polnischen Arbeiter und damit durch den grossen Einfluss der katholischen Kirche auf „*Solidarnosc*“ bestimmt. Aber es handelt sich hier um einen Einzelaspekt, den man nicht ohne Kenntnis des historischen, sozialen und politischen Gesamtzusammenhangs bewerten darf und der deswegen ebenfalls nicht das Wesentliche unabhängiger Gewerkschaften ausmacht, sondern allenfalls ihr äusseres Auftreten beeinflusst. Aus diesem Grunde interessiert uns im weiteren Verlauf der Ausführungen die Frage der antisozialistischen Kräfte und der Religion nicht weiter.

Im folgenden sollen vielmehr die Probleme im Vordergrund stehen, die mit der Rolle und Funktion unabhängiger Gewerkschaften der Arbeiter in einer sich entwickelnden sozialistischen Gesellschaft zusammenhängen. Natürlich sind zur Zeit aus verschiedenen Gründen dazu nur schwer umfassende Aussagen zu machen. Aber einige wichtige Aspekte zeichnen sich doch ab, wenn man die derzeitigen Bewegungen in und um „*Solidarnosc*“ zum Ausgangspunkt derartiger Überlegungen macht.

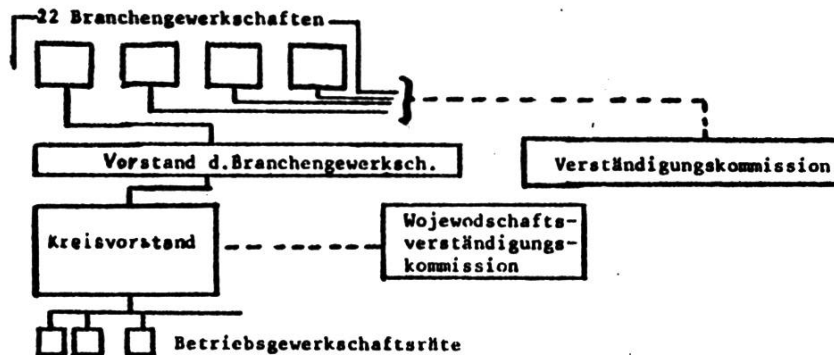
Der erste Aspekt betrifft generell die Stellung und die Aufgaben unabhängiger Gewerkschaften im Sozialismus. Es handelt sich dabei vor allem um die zur Zeit sehr aktuelle Frage, ob Unabhängigkeit von und Teilhabe an der Führung bzw. politischen Machtausübung überhaupt miteinander vereinbar sind. Das Programm von „*Solidarnosc*“ wie auch ihre bisherige Handlungsweise sind von eben diesem Konflikt gekennzeichnet: Einerseits werden eine Beteiligung an der Führung und die Übernahme von Verantwortung

Gewerkschaftsstrukturen in Polen

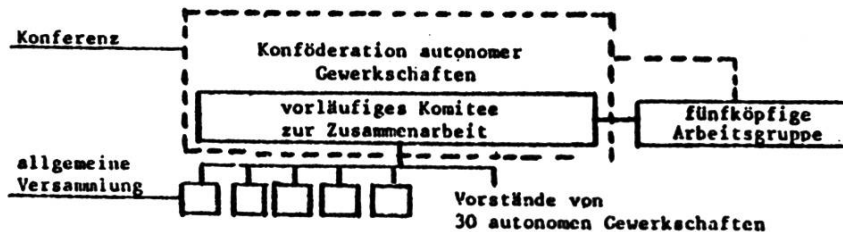
Struktur von "Solidarität"



Struktur der Branchengewerkschaften



Struktur der "Autonomen"



Quelle: o. V.: Podręczny informator związkowca, in: Polityka, Nr. 5 vom 31. 1. 1981, S. 6. In: H. GABRISCH: Die Leistungsfähigkeit des polnischen Wirtschaftssystems und die Probleme der Wirtschaftsreform, Hamburg 1981, S. 134.

in der Wirtschaft abgelehnt, „denn der Staat ist in der Praxis der unmittelbare Organisator des wirtschaftlichen Lebens“, auf ihm ruhe die Verantwortung – wie der Programmtext ausführt. Insofern ist Sinn und Zweck der Unabhängigkeit die ausschliessliche Ausübung von Kontrolle und die „Verteidigung“ der Arbeiterinteressen. Andererseits ist „Solidarnosc“ von ihren Zielen her keine trade union, sondern eine politische Organisation und strebt damit automatisch zur Ausübung oder zumindestens Teilhabe an der politischen Macht. Die Realisierung politischer Ziele (. . . „Erhaltung der in der Konstitution der VRP niedergeschriebenen bürgerlichen Freiheiten, also das Recht zur Äusserung der eigenen Meinung, die Freiheit des Wortes und des Druckes, das Recht auf wahrheitsgemässe Information, das Versammlungsrecht und das Recht zur freien Vereinigung“, so der Programmtext) wird auch von den zehn Millionen Mitgliedern erwartet. Selbst Regierung und Parteiführung erwarten im Grunde ja keine unpolitische Gewerkschaft, wenn sie von ihr positive Aussagen zum politischen System verlangen, versuchen, sie in das bisherige System der Machtausübung einzubeziehen und zum Instrument für die Realisierung der Wirtschaftspläne zu machen (das bis zum August 1980 die Branchengewerkschaften waren).

In diesem Zusammenhang muss sich „Solidarnosc“ darüber klar werden, dass sie trotz aller Erstarrungserscheinungen in den gesellschaftlichen Strukturen Gewerkschaft in einem sozialistischen System ist, dessen Wirtschaft auf mehr oder weniger starke Art und Weise einer zentralen Planung und Leitung (zumindest in den wesentlichen Sektoren) unterliegt. „Solidarnosc“ kann nicht auf der einen Seite eine Wirtschaftsreform fordern und sich auf der anderen Seite mit ihrer Handlungsweise ausserhalb der Spielregeln dieser Reform stellen. Auf irgendeine Art und Weise muss sie in die zentrale Planung und Leitung einbezogen sein, da sonst die Pläne zu reinen Fiktionen und die Funktionsmechanismen in der Wirtschaft ausser Kraft gesetzt werden. Inflationäre Prozesse und Arbeitslosigkeit könnten dann die Folge sein. Welche Voraussetzungen müssten erfüllt sein, damit dieser Konflikt gelöst werden kann?

Eine Voraussetzung für die Ausübung unabhängiger Kontrolle ist die Bewahrung der politischen Einheit von „Solidarnosc“, die gleichzeitig ein Handeln als politische Partei ausschliesst – also ihre Existenz als Einheitsgewerkschaft. Die realen Möglichkeiten, dass „Solidarnosc“ als politische Organisation auch als Partei handeln könnte, also so, wie es vielleicht ein Teil der Mitglieder erwartet und worauf die antisozialistischen Kräfte drängen, sind allerdings sehr gering. „Solidarnosc“ ist eine Massenorganisation, der Mitglieder unterschiedlicher Überzeugungen angehören. Würde sie als Partei handeln, käme es mit Sicherheit zu einer Spaltung, die – abgesehen von den unabsehbaren politischen Folgen – auch zu einer Lähmung ihrer Fähigkeit, Kontrolle auszuüben, führen würde.

Darüber hinaus dürfte sich der Konflikt zwischen den beiden Aufgaben (Teilhabe an der Führung und deren Kontrolle) in dem Masse verringern, wie

sich erstens der Reformflügel in der PVAP durchsetzt und die auch von „*Solidarnosc*“ geforderten Veränderungen des politischen Systems verwirklicht und zweitens die Tendenzen an Kraft verlieren, die aus „*Solidarnosc*“ eine politische Partei mit antisozialistischen Zielen zu machen versuchen.

Ein zweiter Aspekt, der bei der Beantwortung der Frage nach Rolle und Funktion unabhängiger Gewerkschaften im Sozialismus eine Rolle spielt, betrifft die innergewerkschaftliche Demokratie. Ihr Ausbau und ihre Sicherung sind Bedingungen dafür, dass die Fähigkeit von „*Solidarnosc*“ zur Kontrolle gegenüber Staat, Partei und Wirtschaft erhalten bleibt. Dabei zeichnen sich zur Zeit allerdings zwei Widersprüche ab, aus denen Konflikte entstehen können, die die Existenz und die Wirkungsweise der unabhängigen Gewerkschaften bedrohen.

Der erste Widerspruch betrifft das Verhältnis von Regionen und Branchen in der Gewerkschaft. Die Massenstreiks der polnischen Arbeiter haben zu einem völlig anderen gewerkschaftlichen Organisationsprinzip geführt (siehe Abbildung). Bisher herrschte in den sozialistischen (wie auch kapitalistischen) Ländern das Branchen- bzw. Industriegewerkschaftsprinzip vor. Der Zerfall des Gewerkschaftsmonopols der Branchengewerkschaften in Polen (sie existieren zwar noch weiter, aber mit veränderter Organisationsstruktur und mit nur noch ca. zwei bis drei Millionen Mitglieder) hat neben ständischen Gewerkschaften (vereinigt in der Föderation autonomer Gewerkschaften) eben vor allem „*Solidarnosc*“ hervorgebracht, die nach Regionen gegliedert ist. Die Ursache dafür, dass die regionale Organisationsform als wichtiger gegenüber den traditionellen Formen angesehen wird, liegt in den gemeinsamen politischen und sozialen Interessen der Mitglieder aller Berufe und Branchen. Darin besteht das eigentlich Neue und Wesentliche an „*Solidarnosc*“, das auch eine grosse Chance für die Weiterentwicklung des Sozialismus darstellen könnte, wenn nämlich durch diese Form die kleinlichen beruflichen und branchenbezogenen Interessen, die sich häufig bei der Umsetzung fortschrittlicher Lösungen irgendwelcher Probleme in die Praxis gegenseitig im Wege stehen, überwunden werden können.

Allerdings gehen davon auch Gefahren für die innergewerkschaftliche Demokratie aus.¹¹ Es gibt weiterhin starke Tendenzen bedeutender Industriebranchen (zur Zeit etwa die Textilindustrie), dem Gedanken der Sonderinteressen wieder organisatorische Gestalt zu verleihen – wenn auch im Rahmen von „*Solidarnosc*“. Dass das Regionalprinzip nicht alle Interessen abdeckt, zeigt auch der relative Erfolg der berufsständischen Gewerkschaften. In der Föderation autonomer Gewerkschaften, die insgesamt ca. 800 000 Mitglieder repräsentieren dürfte, sind vor allem die Berufsorganisationen von kleineren Berufen (Lehrer, Zollbeamte u. ä.) vertreten. Das allmähliche Wiedererstarken von Branchenstrukturen könnte zur Konkurrenz der Gewerkschaften um staatliche Mittel für die Entwicklung ihrer Branche und damit zu einem Hebel zur Zerschlagung von „*Solidarnosc*“ werden. Es ist

verständlich, dass sich die Regionalinstanzen gegen die derzeitigen Wiederbelebungsversuche derartiger Strukturen wehren.

Der zweite Widerspruch betrifft das Verhältnis von zentraler Organisation und Autonomie. „Solidarnosc“ unterscheidet sich von dem in den sozialistischen Ländern vorherrschenden Typ von Gewerkschaft auch noch darin, dass sie das Prinzip der Autonomie gegen das Prinzip des demokratischen Zentralismus gesetzt hat. Nach dem Grundsatz des demokratischen Zentralismus wurden und werden in den Gewerkschaften des realen Sozialismus nicht nur alle Instanzen von der jeweils unteren Ebene gewählt, sondern – was im Hinblick auf die Lenkung der Gewerkschaften durch die zentralen Parteiorgane noch wichtiger ist – die Beschlüsse der Zentralinstanz waren und sind für die Vorstände der Branchengewerkschaften und alle anderen Instanzen, insbesondere die Betriebsgewerkschaftsräte bindend. Dies dürfte eine der Hauptursachen für die Schwächung der Kontrollfunktionen der Branchengewerkschaften gewesen sein und von daher ist es verständlich, wenn von „Solidarnosc“ auf die Autonomie der gewerkschaftlichen Ebenen – Regionen und Betriebe – so grosser Wert gelegt wird. Allerdings zeigt die bisherige Praxis auch, dass relativ harmlose Ursachen von betrieblichen Konflikten zu einer nationalen Kraftprobe eskalieren können, weil den Regionalinstanzen bisher nur wenige Möglichkeiten gegeben sind, kontrollierend und befriedend einzugreifen.

Ein ähnliches Problem ergibt sich im Verhältnis von Landeskommission und Regionen, wobei erschwerend hinzukommt, dass „Solidarnosc“ im Grunde nur ein Zusammenschluss von regionalen Gewerkschaften ist, die das gleiche Statut haben. Die Landeskommission ist ein freiwilliger Zusammenschluss der Regionalvorstände ohne statutenmässige Funktionen und Rechte in „Solidarnosc“ und damit nicht das oberste Gewerkschaftsorgan. Das wird vielmehr von dem jeweiligen Regionalvorstand repräsentiert. Von daher gewinnt die Landeskommission ihre Autorität lediglich durch die Autorität der in ihr vertretenen Personen und sie erfüllt nur appellierende und koordinierende Aufgaben. Auch hier ist häufig die Befürchtung geäussert worden, dass durch regionale Konflikte und Eigenmächtigkeiten eine gesamt nationale Bedrohung entstehen kann, was sich dann in der Vergangenheit auch bereits mehrmals bestätigt hat.

Im Zusammenhang mit den Problemen, die sich aus dem ungeklärten Verhältnis von Regionen und Betrieben ergeben, stellt die gegenwärtige regionale Abgrenzung ein besonderes Problem dar. Die Gewerkschaftsregionen haben sich im Herbst 1980 rein zufällig gebildet – ausschlaggebend war wohl das jeweilige Informationsniveau, das in einem bestimmten Gebiet über die gesamt nationale Streikbewegung und ihre Resultate geherrscht hat. So konnten sich einige Regionen bilden, die mehrere Wojewodschaften (Provinzen, zur Zeit gibt es 49) umfassen, andere umfassen dagegen nur das Gebiet einer grösseren Stadt. Je grösser die Region ist, um so grösser ist die Entfernung zwischen der Regionalinstanz und dem einzelnen Industriebetrieb und

um so geringer sind die Einwirkungsmöglichkeiten auf betriebliche Konflikte. In der Praxis haben sich dann auch in den grossen Regionen viele lokale Zwischenstufen gebildet, die sich alle mehr oder weniger mit lokalen und subregionalen Interessen legitimieren und kaum durch die Regionalinstanzen zu kontrollieren sind.

4. Schlussbemerkungen

Es wird deutlich, dass die gegenwärtigen Ziele, Organisationsstrukturen und Statutenregelungen noch nicht die Voraussetzungen dafür bilden, dass „Solidarnosc“ problemlos zu einem positiven Bestimmungsfaktor für die sozialistische Demokratisierung werden kann. Dasselbe gilt zwar auch für die Partei, hier sind aber im Vorfeld des IX. a. o. Parteitages deutliche positive Wandlungstendenzen erkennbar. (. . .)

Darüber hinaus ist der reale Sozialismus reformierbar und der Entwicklungsgang verläuft mit mehr oder weniger Verzögerung wahrscheinlich in genau der Richtung, die bisher eingeschlagen worden ist und mit der Arbeiterklasse als Antriebsmotor: In Krisenzeiten taucht zunächst die Forderung nach betrieblichen Arbeiterräten auf (Polen und Ungarn 1956, CSSR 1968). Sie ist noch relativ einfach von den stalinistischen Parteiapparaten unter Kontrolle zu bringen, weil das überbetriebliche solidarisierende Moment fehlt. Dann entsteht die Forderung nach Veränderung der bestehenden Gewerkschaften (Polen 1970/71), die, wenn sie sich als unrealisierbar erweist, in die Forderung nach neuen Gewerkschaften verwandelt wird. Führt der massenhafte Protest der Arbeiter dann auch tatsächlich zur Gründung dieser Gewerkschaften, ist der Schritt nicht mehr weit zu einer Situation, in der die Partei diese Gewerkschaften selbst als notwendig ansieht.

1) Vgl. dazu wie auch bei allen anderen Zitaten aus dem Programmentwurf die vom Programm- und Konsultationsrat der „Solidarnosc“ vorgelegten Diskussionsthemen: Kierunki dzialania zwiazku w obecnej sytuacji krafu. In: Tygodnik Solidarnosc (Wochenzeitung, hrsg. von der Landeskommision von „Solidarnosc“), Nr. 3 v. 17.4.1981 (Beilage).

2) H. Krall: Pokoj naprzeciwko. In: Polityka, Nr. 17 v. 25.4.1981. S. 3.

3) P. Moszynski, M. Wesolowska: Zyc wasnym zyciem. In: Polityka, Nr. 17 v. 25.4.1981, S. 7.

4) Erwähnt werden sollte auch, dass bis April 1981 ca. 160 000 Parteimitglieder – vorwiegend Arbeiter – aus der PVAP ausgetreten waren.

5) Vgl. Niezalezenosc (Zeitung der Region Mazowsze der „Solidarnosc“) Nr. 16 v. 18.2.1981.

6) Vgl. E. Skalski: Notatki z Gdanska, in: Polityka, Nr. 15 v. 11.4.1981, S. 5.

7) Vgl. J. Kraszwowski: Spor o charakter partii. In: Trybuna Ludu, Nr. 130 v. 4.6.81, S.3.

8) Vgl. A. Werblan: Spor o granice wladzy, in: Polityka, Nr. 12 v. 21.3.1981, S.1.

9) Vgl. z.B. die Beiträge von W. Brus, der Gruppe DiP in dem Buch: Polen: Symptome und Ursachen der Krise. Hamburg 1981. Vgl. auch J. Hensel: Solidarnosc. Die Entste-

hung neuer Gewerkschaften in Polen. In: Gewerkschaftliche Monatshefte, Nr. 2, 1981, S. 93ff. T. Szafar: Die Dekade Giersek. In: Osteuropa, Nr. 4, 1981, S. 277ff. Als polnische Quelle in deutscher Sprache: Der Soziologe M. Markiewicz: Was wollen die Arbeiter? In: Polens Gegenwart. Nr. 18/19, 1980, S. 30 - 40 (hrsg. v. der Agentur Interpress in Warszawa).

10) Sinngemäß z.B. W. Abendroth in einer Diskussion über die Entwicklung in Polen. In: Blätter f. deutsche u. intern. Politik, 1980, S. 1185. Auch: Baumöller, Jung, Taudien: „Aus Polen wieder Polen machen“. In: Deutsche Volkszeitung, Nr. 50 v. 11.12.1980, S.9.

11) Vgl. dazu die aktuelle Diskussion in: Solidarnosc i demokracja. In: Tygodnik Solidarnosc, Nr. 7 v. 15.5.1981, S.8.



Karl Odermatt

Anmerkungen zu den Entwicklungen in der PVAP

Ein Abschluss des mit den Massenstreiks im Sommer 1980 in Polen begonnenen Prozesses der Erneuerung, des Suchens eines neuen Gleichgewichts zwischen den politischen und sozialen Kräften der Gesellschaft und nach breiteren Formen der Demokratie ist noch nicht abzusehen. In harten, im Gegensatz zu 1970 aber unblutigen Auseinandersetzungen wurden eine Reihe sozialer Massnahmen verwirklicht. Es sind von Staat und kommunistischer Partei unabhängige Gewerkschaften der Arbeiter und der selbständigen Bauern entstanden, es wurden das Streikrecht und die Arbeiterselbstverwaltung kodifiziert.

Allerdings ist der Spielraum Polens zur Lösung seiner Probleme durch die historischen und politischen Bedingungen seiner heutigen staatlichen Existenz abgesteckt. Mehr als einmal schienen denn auch die Spannungen für die Verbündeten des Warschauer Paktes die Grenze der Bündnisfähigkeit Polens erreicht zu haben. Zu diesem Problem hat die Partei der Arbeit der Schweiz eindeutig Stellung bezogen. In einem in ihren drei Presseorganen am 11. Juni 1981 veröffentlichten Artikel heisst es, „*dass die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei (PVAP), die polnische Arbeiterklasse und das polnische Volk unter Respektierung der eingegangenen internationalen Verpflichtungen und innerhalb ihrer sozialistischen Gesellschaftsordnung die Probleme selbst lösen können*“ und dass die PdAS „*stets Einmischungen in innere polnische Fragen in jeder Form*“ ablehnt.

Die wirtschaftlichen Gründe der Krise sind bekannt, und wirtschaftliche Fragen – ökonomisch gerechtfertigte Preiserhöhungen – waren der aktuelle